



DIE ARMUTSKONFERENZ.

ÖSTERREICHISCHES NETZWERK GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Schere zwischen Arm und Reich schadet der ganzen Gesellschaft Welttag gegen Armut / Kommende 9. Österr. Armutskonferenz .

„Zunehmende Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft eines Landes, sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schafft politische Instabilität – aber sie ist nicht unabweichlich“ (OECD).

- Wir präsentieren die **aktuell verfügbaren Zahlen zur sozialen Situation in Österreich** und analysieren ihre Folgen.

- Weiters stellen wir **Programm und Inhalt der kommenden 9. Österr. Armutskonferenz (23./24.10)** vor: "Using", "Cooperating", "Sharing", "Contributing". All diese Prinzipien knüpfen an die Forschungen der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom an, die die Bedeutung von Gemeingütern (Commons) für eine faire und gerechte Gesellschaft herausgearbeitet hat. Was bedeuten diese Erkenntnisse für die soziale Arbeit, für die Ausgestaltung sozialer Dienste, für staatliche Angebote, für Finanzdienstleistungen, das Internet, politische Mitbestimmung, für Gemeinden und den öffentlichen Raum?

Mit

Mag. Maria KEMMETMÜLLER,

Stv. GF der ASB Schuldnerberatungen, Koordinationsteam der Armutskonferenz.

Dr. Michaela MOSER,

wissenschaftl. Mitarbeiterin Ilse Arlt Institut /FH St.Pölten, Europ. Armutnetzwerk

Mag. Martin SCHENK,

Sozialexperte Diakonie Österreich, Mitbegründer der Armutskonferenz

Anton-Proksch-Institut
Arbeiter-Samariter-Bund Österreich
Autonome Österreichische Frauenhäuser
ASB Schuldnerberatungen GmbH
Bundesdachverband für Soziale Unternehmen
Bundesjugendvertretung
Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit
Cantas Österreich
Dachverband Berufliche Integration
Diakonie Österreich
Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
Evangelische Akademie Wien
Forum Kirche und Arbeitswelt
Die Heilsarmee
Katholische Aktion Österreich
Katholischer Familienverband Österreichs
Katholische Frauenbewegung Österreichs
Katholische Sozialakademie Österreichs
Kolping Österreich
Netzwerk Österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen
Neustart, Bewährungshilfe, Konfliktregelung und soziale Arbeit
Österreichische HochschülerInnenschaft
Österreichische Plattform für Alleinerziehende
Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen
Österreichischer Gewerkschaftsbund / Frauenabteilung
Österreichischer Verein für Drogenfachleute
Österreichisches Rotes Kreuz
Plattform Sichtbar Bleiben
pro mente austria
SOS Mitmensch
St. Virgil Salzburg
TelefonSeelsorge
Vertretungsnetz: Sachwalterschaft, Patienten-anwaltschaft & Bewohnervertretung
Vinzenznetzwerk
Volkshilfe Österreich
Wiener Hilfswerk
Regionale Armutnetzwerke
• Salzburg
• Oberösterreich
• Kärnten
• Vorarlberg
• Wien

Rückfragen:

Die Armutskonferenz.

Unsere Mitgliedsorganisationen betreuen und unterstützen über 500.000 Hilfesuchende im Jahr.

www.armutskonferenz.at

01/ 402 69 44 (Koordinationsbüro) und 0664/ 544 55 54 (Martin Schenk)

Mitglied im Europäischen Armutnetzwerk



EUROPEAN ANTI-POVERTY NETWORK



9. ARMUTSKONFERENZ – 23./24. Oktober 2012

Was allen gehört!

Armut bekämpfen durch Gemeingüter und Kooperation

Die 9. Armutskonferenz präsentiert Lösungsansätze und wegweisende Projekte.

Gerade in Krisenzeiten zeigt sich die Bedeutung von „Commons“ (Gemeingütern). Was das konkret für Armuts- und Verteilungsfragen, Soziale Arbeit, staatliche Angebote und soziale Organisationen und Bewegungen bedeutet, diskutiert die 9. Armutskonferenz u.a. anhand folgender Themen:

WAS ALLEN GEHÖRT?!

VERMÖGEN

Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu – und schadet der ganzen Gesellschaft: Die 9. Armutskonferenz präsentiert aktuelle Zahlen (neue Studie der ÖNB) und zeigt Alternativen, wie etwas das zivilgesellschaftliche Alternativbudget und partizipative Formen der Budgeterstellung auf.

Mit *Martin Schürz (Verteilungsexperte)*, *Alexandra Strickner (attac, Wege aus der Krise)*, *Bernhard Leupold (WU Wien)*

BANKEN

Für Menschen mit Schuldenproblemen sind Schwierigkeiten mit Banken nichts Neues. Die 9. Armutskonferenz beleuchtet die Realität von Menschen ohne Konto, wirft einen Blick auf aktuelle Entwicklungen am Bankensektor und stellt das „Projekt Demokratische Bank“ vor.

Mit *Bianca Steinhauer (Schuldenberatung Wien)*, *Beat Weber (Ökonom Beigewum)*, *Reinhard Mammeler (Projekt Demokratische Bank)*

ÖFFENTLICHER RAUM

Wem gehört der öffentliche Raum? Wer plant ihn und wie wird die Planung umgesetzt? Die 9. Armutskonferenz erörtert Interessenskonflikte im öffentlichen Raum und zeigt Ansätze für bessere Teilhabemöglichkeiten, neue Nutzungskonzepte und Möglichkeiten einer Neu-Eroberung.

Mit *Alexander Hamendinger (TU Wien)*, *Udo W. Häberlin (MA 18 – Wien)*, *Sabine Liebentritt (Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit)*

NAHRUNG

Das Thema Ernährungsarmut ist in den letzten Jahren auch in Europa aktuell geworden. Die 9. Armutskonferenz beleuchtet das Konzept der Ernährungssouveränität und zeigt welches Potential im Kampf gegen Ernährungsarmut hinter neuen Ansätzen, wie beispielsweise einer CSA (Community Supported Agriculture) steckt, in der ErnteanteilshaberInnen die Risiken landwirtschaftlicher Betriebe mittragen, Abnahme garantieren und dabei auch Verteilungsfragen in den Blick nehmen.

Mit *Irmi Salzer (Via Campesina)*, *Michael Schütte (Sichtbar werden)*, *Peter A. Krobath (Journalist und Aktivist)*

„DAS INTERNET“

Neue Medien bringen neue Möglichkeiten.

Die 9. Armutskonferenz diskutiert was Facebook, Twitter und Co im Kampf gegen Armut und Ungleichheit bringen, worin ihr spezielles Potential besteht und wie dieses bestmöglich genutzt werden kann.

Mit Antje Schrupp (Journalistin, Bloggerin), Elke Brüns (Publizistin), Peter Gach, Selbsthilfegruppe „Gutes Leben für alle“)

POLITIK

Wie wird das, was allen gehört, gestaltet? Und von wem?

Die 9. Armutskonferenz fragt nach den Möglichkeiten und Grenzen klassischer Instrumente wie Wahlen und zeigt, wie Menschen mit Armutserfahrungen in unterschiedlichen Initiativen und Projekte, z.B. in den Theaterprojekten „Kein Kies zum Kurven kratzen“ und „Stopp! Jetzt reden wir“, Probleme und Lösungen aufzeigen und an der Weiterentwicklung von Demokratie mitarbeiten.

Mit Christine Gurtner (*Sichtbar werden*), Gerd Valchars (*Initiative Minderheiten*)
Michael Wrentschur (*InterAct*)

Weitere Workshops zu: * **Sozialarbeit und Betriebswirtschaft** - mit Mechthild Seithe (Autorin), Wolfgang Gratz (Organisationsberater), Waltraud Kreidl FH-Innsbruck), Peter Grüner (Dowas Innsbruck) * **Sozialen UnternehmerInnen** - mit Marie Ringler (Ashoka), Michael Meyer (WU Wien), Gabriele Gottwald-Nathaniel (Anton Proksch Institut, Garbarage) * **Sozialwirtschaft als Alternativwirtschaft** mit Markus Blümel (KSOe), Silvia Gangl (Verein Amsel), Christian Krizanic (Öko-Service) * **Straßensozialarbeit und Sicherheit** - mit Marc Diebäcker (FH Campus Wien), Martina Kempf-Giefing (BAST), Ferdinand Koller (BettelLobbyWien) * **Gesundheit** Papouschek (Forba), Nils Böhlke (Sozialwissenschaftler, Düsseldorf), Rudi Wagner (Gewerkschaft Vida)

ABSCHLUSS-PANEL mit * Ulrich Brand (Uni Wien) * Brigitte Kratzwald (CommonsAktivistin) Alban Knecht (Sozialwissenschaftler) *Michaela Moser (Die Armutskonferenz)

Frauen-Vor!-Konferenz

Wer putzt was allen gehört? Die Kehrseite der Gemeingüter mit Brigitte Kratzwald (CommonsAktivistin) und Antje Schrupp (Bloggerin und Autorin)
Detailprogramm: www.frauenarmut.at

Betroffenen-Vor!-Konferenz

„Sichtbar werden – sichtbar bleiben“ - Commons und Selbstorganisation mit VertreterInnen von Selbstorganisationen, Selbsthilfegruppen und Initiativen von Menschen mit Armutserfahrungen

A) Zur sozialen Situation

ARM

511.000 Menschen leben in Österreich unter der Armutsgrenze.

Das heißt für sie: zu wenig für gutes Essen zu haben, nicht in der Lage zu sein, die Wohnung angemessen warm zu halten, Freunde nicht nach Hause zum Essen einladen können, öfter krank zu sein und früher zu sterben.

Armutsgrenzen sind meist unsichtbar. Aber sie sind da. Wir machen sie sichtbar.

Für 724.000 Menschen in Österreich ist gutes Essen nicht leistbar. Das betrifft 138.000 Kinder und Jugendliche.

914.000 können es sich nicht leisten Freunde zum Essen nach Hause einzuladen.

313.000 können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten. Davon sind 84.000 Kinder.

456.000 Menschen leben in zu engen und überbelegten Wohnungen. Davon sind 199.000 Kinder.

224.000 können sich einen notwendigen Arztbesuch nicht leisten. Das betrifft 58.000 Kinder.

Sozialhilfe/Mindestsicherung. Mehr als Verdoppelung: 71.500 (1999) auf ca.200.000 (2012)

Armut...

...heißt bedrückende Lebenssituation

Die Betroffenen können abgetragene Kleidung nicht ersetzen, die Wohnung nicht angemessen warm halten, geschweige denn unerwartete Ausgaben tätigen. Außerdem sind Armutsbetroffene häufiger krank und leben oft in überbelegten, feuchten, schimmlichen Wohnungen, weil beispielsweise das Geld für eine Wohnraumsanierung fehlt..

... heißt erwerbslos, alleinerziehend, zugewandert, working poor

511 000 Menschen (6% der Wohnbevölkerung) in Österreich sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen – Sie sind manifest arm, haben neben einem niedrigen Einkommen auch Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen (z.B. Bildung, Wohnung, Begleitung).

Frauen sind dabei stärker als Männer betroffen. Ein Viertel der Armutsbetroffenen sind Kinder. Ihre Eltern sind zugewandert, erwerbslos, alleinerziehend oder haben Jobs, von denen sie nicht leben können.

... kann jede/n von uns treffen

Das Risiko durch soziale Netze zu fallen ist gestiegen und wird auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise weiterhin ansteigen – Armut kann somit jede/n von uns treffen. Knapp 1.000.000 Menschen (12%) haben ein Einkommen unter der Armutsgrenze.

... macht krank

Menschen, die in Armut leben, sind doppelt so oft krank wie Nicht-Arme. Arme Kinder von heute sind die chronisch Kranken von morgen. Von Armut betroffene Menschen können sich in vielen Fällen nicht dieselbe medizinische Versorgung leisten, wie Personen, die nicht in Armut leben.

... macht Stress

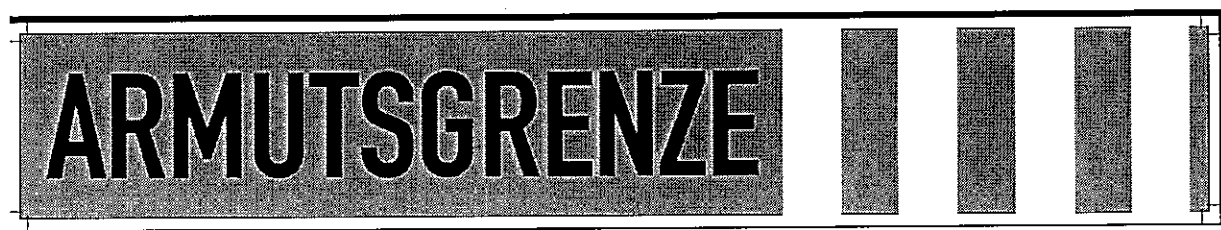
Die Miete nicht pünktlich zahlen zu können, nicht zu wissen wie das Geld für den Schulausflug der Kinder aufgetrieben werden kann, keinen oder einen schlecht bezahlten Job zu haben, macht Stress und führt auf die Dauer zu ernsthaften gesundheitlichen Problemen wie Magenbeschwerden, Herzproblemen, Bluthochdruck, Schlafstörungen, Kopfschmerzen etc.

... macht einsam

Wer arm ist, hat weniger freundschaftliche und nachbarschaftliche Kontakte. Arme Menschen leben oft in Isolation. Beispielsweise kann fast jede/r zehnte ÖsterreicherIn es sich nicht leisten, Freunde oder Verwandte einmal im Monat nach Hause zum Essen einzuladen.

... nimmt Zukunft

Menschen, die am Limit leben, haben geringere Aufstiegschancen. Ihre Zukunft wird von der sozialen Herkunft bestimmt. In Österreich haben Kinder armer Menschen eine schlechtere Chance auf eine gute Ausbildung – der soziale Status der Eltern beeinflusst in den meisten Fällen die Bildungs- und damit die Einkommenschancen der Kinder.



REICH

- ... zunehmende Ungleichheit innerhalb der Arbeitseinkommen
- ... Vermögenseinkommen wachsen rascher als Arbeitseinkommen

Bei Reichtum ist vorrangig nicht Einkommen das Thema, sondern Vermögen (Aktien, Immobilien, Unternehmensbeteiligungen)

- Vermögen sind in Österreich äußerst ungleich verteilt. („ausgeprägte Vermögensungleichheit“)
- Besitzer hoher Vermögen werden nur eingeschränkt erfasst. Die tatsächliche Ungleichverteilung ist demnach noch viel größer.

Obersten 10% besitzen mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens

Bei einem gesamten Nettovermögen von einer Billion Euro fallen auf die reichsten 10% der Haushalte mindestens 50%, also rund 500 Mrd Euro. Damit halten die reichsten 10% mindestens so viel Nettovermögen wie die restlichen 90%.

Das ärmste Haushaltszehntel haben ein Nettovermögen von maximal 977 Euro. 7% weisen ein „negatives“ Vermögen aus, sind also überschuldet.

Zwei wesentliche Größen um die Verteilung der Nettovermögen zu bestimmen ist der Median sowie der Mittel- bzw. Durchschnittswert.

- Der **Medianwert** der Nettovermögen liegt bei **76.000 Euro** – exakt 50 % der Haushalte verfügen mehr, 50 % weniger Vermögen.
- Der **Durchschnitt** liegt dagegen um ein Vielfaches über dem Median – nämlich bei **rund 265.000 Euro!** Je weiter entfernt der Durchschnittswert vom Median liegt, desto stärker ist die Ungleichverteilung, sprich die Vermögenskonzentration oben. Durchschnittlich besitzen die Haushalte ein Nettovermögen von 265.000 Euro. Tatsächlich – siehe oben – verfügen **75 % aller Haushalte weniger als 250.000 Euro**. Der „Durchschnittswert“ von 265.000 Euro fällt ins 8. Dezil – also in den Bereich der **reichsten 20 %!**

„Dies illustriert wiederum die ausgeprägte Rechtsschiefe der Verteilung des Nettovermögens. Es gibt sehr viele Haushalte mit einem geringen Nettovermögen und sehr wenige Haushalte mit sehr hohem Nettovermögen.“ (OeNB)

Perzentile und Mittelwert des Nettovermögens

in EUR

600.000

500.000

400.000

300.000

200.000

100.000

0

0

10

20

30

40

50

60

70

80

90

100

Mittelwert

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Verteilung Finanzvermögen

Dabei besitzen

- **drei Viertel** aller Finanzvermögen besitzender Haushalte **weniger als 50.000 Euro**,
- **nur 10 %** der Haushalte **mehr als 105.000 Euro**,
- **nur rund 1,3 % mehr als 500.000 Euro Finanzvermögen.**
- Der **Medianwert** bei den Finanzvermögen liegt bei **14.000 Euro**.
- Der **Durchschnitts- oder Mittelwert** bei **48.000 Euro**.

Große Vermögensungleichheit in Österreich:

Nettovermögen: Ginikoeffizient von 0,76

Erbschaften: Ginikoeffizient von 0,94

Einkommen ist deutlich weniger konzentriert als das Vermögen. Der Ginikoeffizient zur Ungleichheit der Vermögensverteilung ist mehr als doppelt so hoch wie jener der Einkommensverteilung. Dafür ist Immobilienvermögen noch ungleicher verteilt und Unternehmenseigentum überhaupt nur in den höchsten Vermögensstufen von Relevanz. Die Nationalbank weist darauf hin, dass Besitzer hoher Geldvermögen nur eingeschränkt erfasst werden. Die tatsächliche Ungleichverteilung ist demnach noch viel größer.

Erben ist einer der wichtigsten Vermögensquellen.

Mit dem Nettovermögen steigen Erbhäufigkeit und -volumen stark an, „reiche“ Haushalte erben also eher und mehr als „arme“ Haushalte, wenn auch Erbschaften für arme Haushalte in Bezug zu ihrem gehaltenen Vermögen bedeutender sind.

Ungleichheit wird vererbt (nicht nur in der Schule).

Soziale Schere zwischen Arm und Reich schadet der ganzen Gesellschaft

1. Soziale Schere schadet allen
2. Kommt uns allen teuer
3. Wir müssen gegensteuern

1. Die soziale Schere bringt mehr Gewalt, mehr Stress, weniger Leben und weniger Vertrauen.

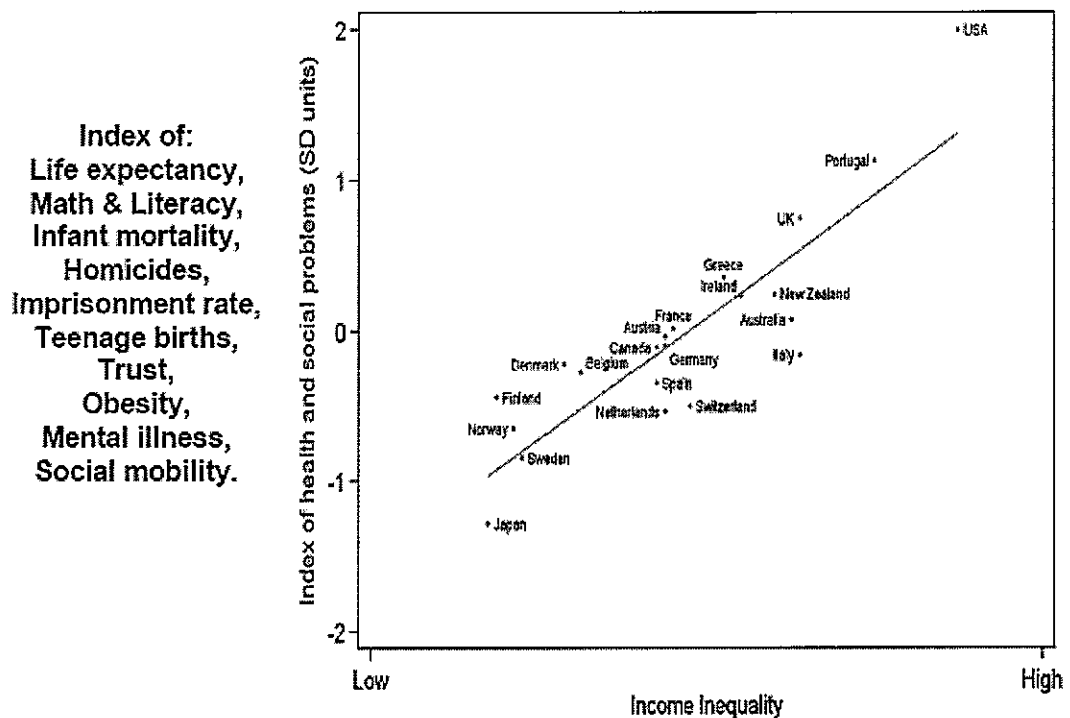
Geht die Schere zwischen arm und reich noch mehr auf, heißt das mehr Krankheiten und geringere Lebenserwartung, mehr Teenager-Schwangerschaften, mehr Status-Stress, weniger Vertrauen, mehr Schulabbrecher, vollere Gefängnisse, mehr Gewalt und mehr soziale Ghettos. Die soziale Schere bringt mehr Gewalt, mehr Stress, weniger Leben und weniger Vertrauen. Dazu gibt es Bücherregale voll empirischer Belege aus der Public Health Forschung.

Eine sozial polarisierte Gesellschaft bringt Nachteile nicht nur für die Ärmsten, sondern auch für die Mitte. Es stehen nicht nur die unterprivilegierten Mitglieder schlechter da, sondern auch die Wohlhabenderen. Es konnte aber ein erstaunlich hoher Zusammenhang zwischen Lebenserwartung und dem Anteil am Volkseinkommen, den die ärmeren Haushalte beziehen, nachgewiesen werden. Die Ausgewogenheit von Einkommensverhältnissen und Statusunterschieden wurde als jener Faktor identifiziert, der am stärksten die höhere Erkrankung Ärmterer erklärt. Der Anstieg der Lebenserwartung in einem Zeitraum fiel umso größer aus, je größer der relative Zuwachs an Einkommen der ärmeren Haushalte war. Nicht wie reich wir insgesamt sind, ist hier der entscheidende Punkt, sondern wie stark die Unterschiede zwischen uns sind.

Der Report der UNICEF misst mehrere unterschiedliche Aspekte des Wohlergehens von Kindern: Einkommenssituation, Gesundheitszustand, Bildung, Selbstbestimmung, etc. Das Ergebnis: England weist hier ganz schlechte Werte auf. Je größer die Unterschiede zwischen arm und reich, desto schlechter die Lebensqualität von Kindern. Der Zusammenhang war in jenem Land am stärksten, in dem die höchste Anzahl der Kinder vorlag, die unter weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens im Land lebt. Nicht wie reich wir insgesamt sind, ist hier entscheidend, sondern wie stark die Unterschiede zwischen uns sind.

Denn: Armut ist kein Eigenschafts-, sondern ein Verhältniswort. Es geht immer um relative Ungleichheit, um relative Lebenslagen, um den Vergleich, um Ausschluss, um Kränkung. Armut im Reichtum, Diskriminierung in posanter Gleichheit, abhängige Herkunft bei versprochener Zukunft.

Abb: Gesundheitliche und soziale Probleme in Relation zur Einkommensungleichheit



Wer arm ist und sich materiell verbessert, erhält einen deutlichen Anstieg der Zufriedenheit. Die Effekte sind bei Ärmern besonders stark. Insgesamt sind Menschen mit höherem Einkommen zufriedener und äußern höheres Wohlbefinden. Allerdings erfolgt ab einem gewissen Einkommen keine Steigerung mehr (Sättigung). Anders bei Gesundheit und Lebenserwartung: Gesundheit und Lebenserwartung steigt mit höherem Einkommen und sozialen Status linear.

Die Verschärfung sozialer Unterschiede hat also konkrete lebensweltliche Auswirkungen. Kein Geld zu haben, macht ja nicht krank. Sondern die Alltagssituationen, die mit dem sozialen Status und mit allen damit einhergehenden Prozessen verbunden sind. Die Bedrohung des eigenen Ansehens, Demütigung, Stigmatisierung, die Verweigerung von Anerkennung, soziale Disqualifikation.

Lerne ich den Geschmack vom zukünftigen Leben als Konkurrenz, Misstrauen, Verlassensein, Gewalt? Oder habe ich die Erfahrung qualitativvoller Beziehungen, Vertrauen und Empathie gemacht? Werde ich schlecht gemacht und beschämt oder geschätzt und erfahre Anerkennung? Ist mein Leben von großer Unsicherheit, Angst und Stress geprägt, oder von Vertrauen und Planbarkeit? Je ungleicher Gesellschaften sind, desto defizitärer sind die psychosozialen Ressourcen. Es gibt weniger Inklusion, das heißt häufiger das Gefühl ausgeschlossen zu sein. Es gibt weniger Partizipation, also häufiger das Gefühl, nicht eingreifen zu können. Es gibt weniger Reziprozität, also häufiger das Gefühl, sich nicht auf Gegenseitigkeit verlassen zu können.

Abb: Vertrauen in Relation zur Einkommensungleichheit

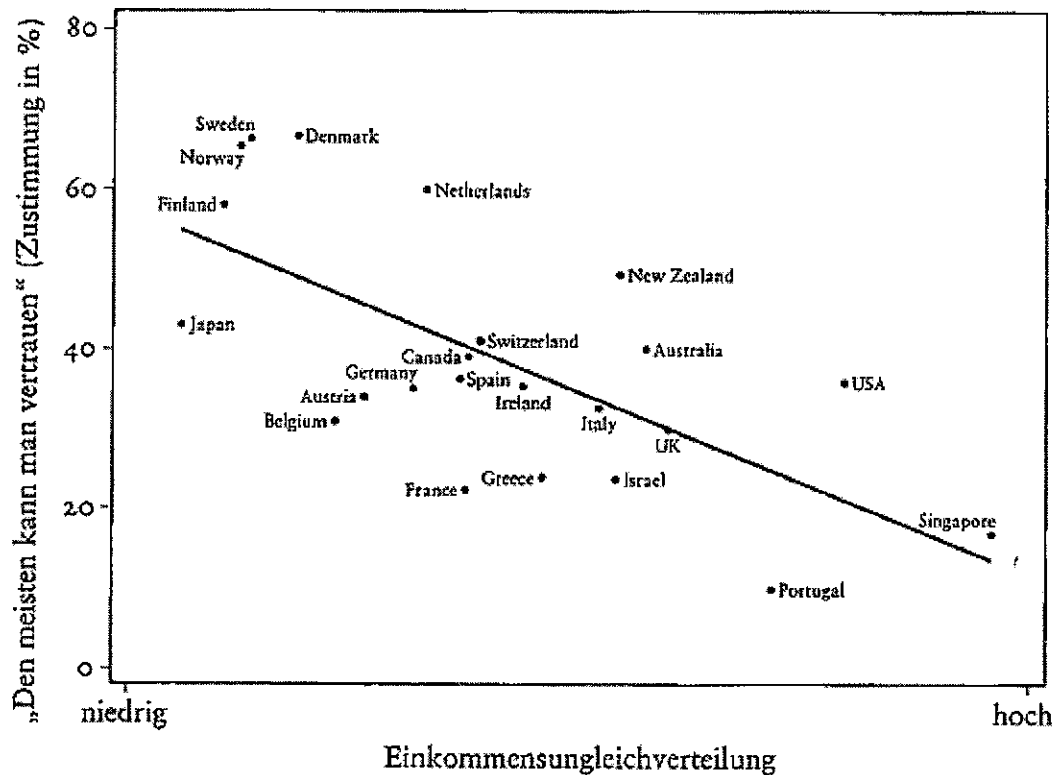


Abb. 4.1 In Ländern mit mehr Gleichheit sind auch mehr Menschen bereit, ihren Mitbürgern zu vertrauen.

2. Die soziale Schere kommt uns allen teuer und verursacht Kosten

Mehr chronische Krankheiten, mehr Schulabbrecher, mehr Gefängnisinsassen, mehr Gewalt, mehr soziale Probleme verursachen volkswirtschaftliche Kosten anderswo. Mehr Armut und soziale Ungleichheit ist teuer und schadet (fast) allen. Eine höhere Schulabbrecher-Quote beispielsweise verursacht durch steigende Sozialausgaben, höhere Gesundheitskosten und entgangene Steuereinnahmen Kosten: 3 Milliarden Euro bei 10.000 Drop-Outs in Österreich.

3. Die soziale Schere droht nach Krisen weiter auseinander zu gehen - deshalb müssen wir gegensteuern.

Die soziale Ungleichheit wird in und nach Wirtschaftskrisen größer, wie der renommierte britische Sozialwissenschaftler Tony Atkinson anhand von vierzig Wirtschaftskrisen beobachtet hat. Der World Wealth Report berichtet bereits wieder von einem Anstieg des Reichtums der Reichsten um 8%, Wir sehen eine zunehmende Ungleichheit innerhalb der Arbeitseinkommen und gleichzeitig eine wachsende Schere durch wieder steigende Vermögenseinkommen bei wenigen ganz oben.

Wer sozialer Polarisierung mit all ihren negativen Folgen für die ganze Gesellschaft gegensteuern will, muss nicht nur für die Stabilisierung des Finanz- und Bankensektors eintreten, sondern auch für die Stabilisierung des sozialen Ausgleichs.

Angesichts der Entwicklung warnt die OECD vor mehrfachen Risiken: „Zunehmende Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft eines Landes, sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schafft politische Instabilität - aber sie ist nicht unausweichlich“, so OECD-Generalsekretär Angel Gurría.

Arbeitslosigkeit, geringe Wirtschaftsleistung, Bankenrettungspakete und die Stützung des Finanzsektors haben große Budgetlöcher geschlagen. Die Schuldenquote der Eurozone sank vor der Krise von 72 % (1999) auf 66 % im Jahr (2007). 2011 nach der Krise aber liegt sie um 20 % höher, bei rund 86 %. Irland oder Spanien hatten vor der Krise Budgetüberschüsse und niedrige Schuldenquoten. Was sie nicht davor bewahrt hat, jetzt unter Druck der Finanzmärkte zu kommen. Und 50.000 mehr Arbeitslose als vor der Krise in Österreich kosten weit über 1 Mrd Euro.



C) Soziale Investitionen zahlen sich aus **– für alle**

Überfluss besteuern, in Zukunft investieren, Armut bekämpfen!

Einnahmen bei Vermögen weisen weniger dämpfende Wirkung auf die Volkswirtschaft auf und helfen sozialer Polarisierung gegenzusteuern.

Um wachsender sozialer Polarisierung gegenzusteuern, drängt die Armutskonferenz darauf, in den nächsten Monaten den Schwerpunkt auf "Überfluss besteuern, in Zukunft investieren, Armut bekämpfen" zu legen. Entscheidend wird sein, die Konjunktur nicht abzuwürgen. Dann geht es darum, die Nachfrage nicht zu demolieren, besser noch sie zu erhöhen; besonders nach gesellschaftlich sinnvollen Gütern und Dienstleistungen. Weiters zeichnet sich eine vorausschauende Politik darin aus, in Zukunftssektoren zu investieren; in jene Bereiche, die gesellschaftlich und volkswirtschaftlich entscheidend werden. Und schließlich muss auf die gerechte Verteilung von Belastungen geschaut werden. Das bedeutet gerade nicht, dass jeder gleich viel zur Budgetkonsolidierung beitragen muss, so die Armutskonferenz.

Eine gerechte Verteilung nützt allen

Ausgabenkürzungen bei öffentlichen Investitionen, Dienstleistungen und Sozialtransfers sind schädlicher für Konjunktur, Beschäftigung und sozialen Ausgleich. Hingegen weisen Einnahmen bei Vermögen und bei Schichten mit hoher Sparneigung weniger dämpfende Wirkung auf die Volkswirtschaft aus. Ausgabenkürzungen im Umfang von 1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) reduzieren das BIP zwischen einem halben und eineinhalb Prozent. Einnahmenerhöhungen im Umfang von 1 % verringern das BIP zwischen 0 und 1 %. Eine gerechte Verteilung nützt allen. Das WIFO hat die gesamtwirtschaftliche Wirkung einer Umverteilung von 1 Milliarde von ganz oben zum unteren Drittel analysiert. Aufgrund der unterschiedlichen Konsum- und Sparneigung erhöht sich die Nachfrage um 0,4 Mrd. Euro, das BIP um 0,3 Mrd. Euro und die Zahl der Beschäftigten um 3000.

Soziale Investitionen zahlen sich aus – für alle

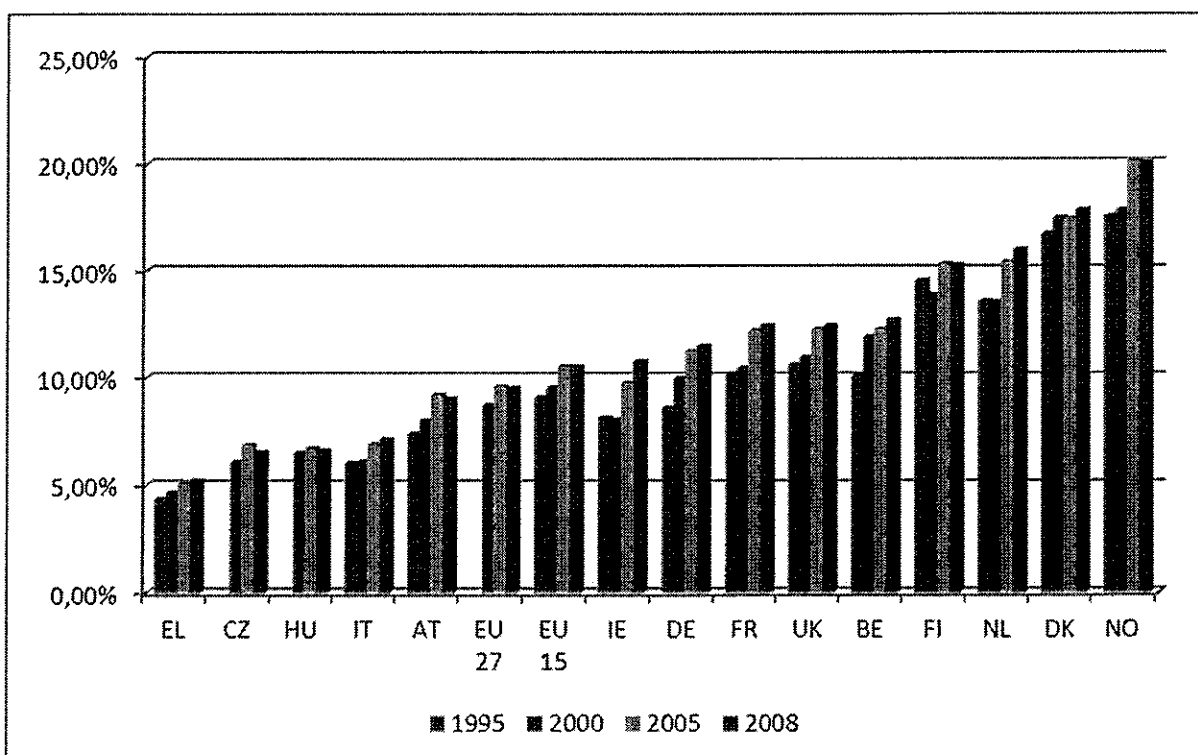
Laut Europäischer Kommission ist die Beschäftigung im Gesundheits- und Sozialbereich stärker gewachsen als in anderen Bereichen der Wirtschaft. Zwischen 2000 und 2009 stieg die Zahl der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialsektor um 4,2 Millionen Menschen, das ist ein Viertel des gesamten Beschäftigungszuwachses in der europäischen Wirtschaft. Dieser Wirtschaftssektor generiert zudem etwa 5 % der gesamten wirtschaftlichen Leistung in Europa. Zusätzlich hat die Europäische Kommission mit ihrem aktuellen „Action Plan for EU Health Workforce“ das Problem erkannt, dass die demografischen Entwicklungen Verbesserungen für die derzeitigen Arbeitsbedingungen erfordern, um möglichst viele Menschen in diesem Arbeitsfeld halten zu können, bzw. die Beschäftigung weiter ausbauen zu können.

Soziale Dienstleistungen umfassen eine enorme Bandbreite: Pflege- und Betreuungsleistungen im Kinder- und Altenbereich, Beratungsangebote für Menschen in sozialen Notlagen, oder auch Wohnangebote für Jugendliche, die es im Leben schwerer haben. Nicht zuletzt wird dieses Geld gut eingesetzt, denn jeder verdiente Euro wird von Non-Profit-Organisationen wieder dazu verwendet, neue Dienste für die Schwächsten der Gesellschaft auszubauen.

Das Soziale ist eine Produktivkraft. Die Hilfen für die Pflege der Oma, die Assistenz für Menschen mit Behinderungen und die Betreuung des kleinen Sprösslings sorgen für Wachstum, stabilisieren die Wirtschaft und stiften sozialen Ausgleich. Sie haben Wachstumsfunktion bei Beschäftigung. Sie haben stabilisierende Funktion, weil sie Teilhabe sichern und Nachfrage über den Konjunkturzyklus bereitstellen. Und sie erfüllen die Funktion des sozialen Ausgleichs. Besonders die Dienstleistungen in Pflege, Kinderbetreuung und Bildung reduzieren das Armutsrisiko und verteilen zu den Schwächeren um.

Allein die Wiener Kindergärten steigern die volkswirtschaftliche Produktion um 520 Millionen Euro. Betrachtet man den gesamten Non-Profit-Sektor, ergibt das eine beachtliche Leistungskraft. Diese trägt vier Milliarden Euro zur Wertschöpfung bei. Davon machen die sozialen Dienste 40 Prozent und der Gesundheitsbereich 25 Prozent aus. Soziale Investitionen zahlen sich aus. Investiert man eine Million Euro in Kindergärten schafft man 14 bis 15 Vollzeit Arbeitsplätze. Dieser Multiplikatoreffekt kann sich sehen lassen: Die Stromwirtschaft weist einen Beschäftigungsmultiplikator von 13 auf, der Bausektor von 11, Tourismus 19.

Abb: Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialektor in % der gesamten Beschäftigten, 1995-2008



Soziale Dienste sind auch deshalb konjunkturell interessant, weil sie regional und in strukturschwachen Regionen Jobs schaffen. Sie stützen die Kaufkraft und heben die Haushaltseinkommen. Auch wenn hier noch viel zu tun ist, was Bezahlung und Attraktivität der Jobs angeht. Und nicht zuletzt können Menschen mit Migrationshintergrund von diesem Beschäftigungspotential profitieren.

Insgesamt entstehen bei Kinderbetreuung wie bei der Pflege Win-win- Situationen zwischen Familieneinkommen, Arbeitsplätzen, Frühförderung von Kindern und Entlastung Angehöriger. Hier gibt es viel ungenütztes Potential, das brach liegen gelassen wird. Investitionen im frühkindlichen Bereich haben das höchste return on investment, zahlen sich am meisten aus. Ein investierter Dollar entspricht einer Rendite von 8 Dollar, hat Nobelpreisträger James Heckmann für die USA errechnet. Bei benachteiligten Kindern beträgt sie sogar 16 Dollar, also eine Hebelwirkung von 1 zu 16. Nie wieder wird man Zukunftsgeld so sinnvoll einsetzen können wie zu diesem Zeitpunkt.

Österreich liegt mit seinen Sozialdienstleistungen unter dem EU-Durchschnitt.

Wer in den frühkindlichen Bereich investiert, sozial integrative Schulen fördert und Menschen in der Pflege nicht allein lässt, leistet einen entscheidenden Beitrag zur Armutsbekämpfung.

„Und wir können viel tun,“ so die Botschaft der Armutskonferenz. „Armut ist kein Naturereignis, das es mit jeder frischen Statistik neu zu bestaunen gilt. Es gibt genügend Instrumente und Möglichkeiten im Vollzug der Sozialhilfe, in der Schule, beim Wohnen und mit sozialen Dienstleistungen gegenzusteuern. „Grundsätzlich helfen Einkommensarmen Investitionen in Dienstleistungen, die sie im Alltag unterstützen: von der Kinderbetreuung über Qualifizierung am Arbeitsmarkt bis hin zu Pflegehilfen. Hier entstehen Win-win- Situationen zwischen Fraueneinkommen, Arbeitsplätzen, Frühförderung von Kindern und Pflegeentlastung Angehöriger. Auch ein Bildungssystem, das den sozialen Aufstieg fördert und nicht sozial selektiert, wirkt. Auf die neuen sozialen Risiken wie prekäre Jobs, psychischen Erkrankungen oder Migration muss angemessen sozialpolitisch reagiert werden. Und nicht zuletzt helfen Jobs, von denen man leben kann“, so die Armutskonferenz.

Wichtige Reformen im föderalen System notwendig

Unausweichlich sind auch Reformen im Dschungel des föderalen Systems mit seinen neunmal unterschiedlichsten Regelungen, die in vielen Fällen sachlich nicht begründbar sind. So herrschen beispielsweise je nach Bundesland, je nach Bezirk, je nach Gemeinde andere und häufig willkürliche Vollzugspraktiken. Dieselben Fragen stellen sich in den neun unterschiedlichen Jugendwohlfahrtsgesetzen oder den neunmal unterschiedlichen Kosten für dieselbe Pflegedienstleistung.

In die Zukunft investieren - Bildung, Schule und Kinderbetreuung

"Es muss europaweit richtig investiert werden und von den Profiteuren der letzten Jahre, den obersten 10 Prozent, ein entscheidender Beitrag zu den Krisenkosten einverlangt werden", fasst die Armutskonferenz zusammen. Das heißt: "In die Zukunft investieren mit Bildung, Forschung, Kinderbetreuung und Pflege, Konjunktur nicht abwürgen, Jobs schaffen, Budget konsolidieren, Schwächen des Sozialstaats korrigieren, seine Stärken optimieren. Wer sozialer Polarisierung mit all ihren negativen Folgen für die ganze Gesellschaft gegensteuern will, muss nicht nur für die Stabilisierung des Finanz- und Bankensektors eintreten, sondern auch für die Stabilisierung des sozialen Ausgleichs.", so die Armutskonferenz abschließend.

Sozialfonds Europas effektiv gegen Armut einsetzen!

20% der European Social Fonds für sozialen Ausgleich und gegen Armut investieren.

"Zu einer effektiven Politik gegen Armut", ruft die Armutskonferenz die Regierungschefs Europas auf. Das Anti-Armutsnetzwerk drängt darauf, "20% der europäischen Sozialfonds direkt zur Armutsbekämpfung einzusetzen". "Lippenbekenntnisse für ein soziales Europa reichen nicht aus, es gilt jetzt in ganz Europa mit aller Kraft in Soziales, in Bildung, Gesundheit und gute Arbeitsplätze zu investieren, damit es den Menschen in Europa - und damit auch der Wirtschaft - gut gehen kann.

Die Strategien und Pläne dafür liegen längst auf dem Tisch. Ein soziales Europa ist möglich und steht nicht im Widerspruch zu wirtschaftlichem Erfolg. Wir erwarten von Bundeskanzler Faymann und Außenminister Spindelegger, dass sie sich verstärkt für ein soziales Europa einsetzen und die bisherigen negativen Entwicklungen bremsen."

Der bisherige Kurs der europäischen Regierungschefs zielte auf Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Infrastruktur sowie Druck auf die Löhne. Die verabschiedeten Rechtsakte zementierten die finanzpolitischen Ungleichgewichte zu Lasten der sozialen Stabilität. Sie stehen damit auch im Widerspruch zum offiziellen EU-Ziel der Armutsbekämpfung, wie es im Zuge der Europa-2020-Strategie von allen Staatschefs formuliert wurde.

In Wirklichkeit braucht es mehr Europa und mehr Demokratie

Anlässlich des heutigen Treffens der europäischen Staatschefs spricht sich die Armutskonferenz für "mehr Europa und mehr Demokratie" aus was die zukünftige Linie der Sozial- und Wirtschaftspolitik betrifft. "So wie bisher kann das nicht weiter gehen. In Wirklichkeit braucht es mehr Europa und mehr Demokratie: Zur besseren Zielsteuerung braucht es Indikatoren (Scoreboards) zu Arbeitslosigkeit, Qualität der Jobs und zu sozialer Entwicklung, aber auch zur Steuerstruktur. Mehr Europa und mehr Demokratie heißt: Nicht nur für die Stabilisierung des Finanz- und Bankensektors eintreten, sondern auch für die Stabilisierung des sozialen Ausgleichs", so die Armutskonferenz: "Europa wird sozial sein, oder es wird nicht mehr sein".

In Europa sind 80 Millionen Menschen derzeit von Einkommensarmut betroffen, arbeiten in Billigjobs, als working poor, haben starke physische oder psychische Beeinträchtigungen, oder können sich Wohnen nicht leisten.

